attac

Zehn Jahre Finanzkrise
Die Gesellschaft aus dem Griff der Finanzmärkte befreien



Foto: Boykin Reynolds

Inhalt

1 EUR 50

Vor zehn Jahren ging mit großem Getöse das Bankhaus Lehman Brothers Pleite. Damit trat die Finanzmarktkrise, die 2007 begann, ins öffentliche Bewusstsein. Gerechnet hatte damit niemand, obwohl die Ursachen eigentlich schon lange hätten bekannt sein müssen: Niedrige Zinsen führten in den USA zu einem Immobilienboom, in der Folge entstand ein neuer Markt mit hochspekulativen Finanzprodukten, steigende Zinsen ließen die Blase platzen, was schließlich in der berüchtigten »Subprimekrise« resultierte. Die Lehman-Pleite war eine besonders sichtbare Folge der Krise – und sie war ein Wendepunkt: Von da an mussten große Finanzunternehmen »gerettet« werden, da ihr Zusammenbruch unkalkulierbare Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft hätte. Die Ursachen der Krise liegen jedoch viel tiefer, nämlich in dreißig Jahren Deregulierung und wachsender Ungleichheit.
Attac wurde vor zwanzig Jahren in Frankreich gegründet, zwei Jahre später in Deutschland als Netzwerk zur Kontrolle der internationalen Finanzmärkte. Attac trägt seitdem seine Forderung zur Regulierung der Finanzmärkte in die Öffentlichkeit: Banken entmachten, Finanzmärkte kontrollieren, Steueroasen schließen, öffentliches Eigentum den Finanzmärkten entziehen, die Krise sozial bewältigen, für Verluste sollen die Profiteure zahlen. Diese Forderungen sind noch immer aktuell. Zwar wurde in den letzten Jahren in Brüssel einiges auf den Weg gebracht, doch die erfolgten Regulierungen reichen längst nicht aus. Noch immer sind die Finanzmärkte instabil, noch immer fließt zu viel Geld in dreckige Geschäfte mit Kohle, Waffen und Steueroasen.
Lange Zeit hatte es den Anschein, als ob zumindest die Attac-Gründungsforderung nach einer Finanztransaktionssteuer von zehn Euroländern ernsthaft verhandelt wird. Doch nach jahrelangem Hin und Her haben die Finanzminister Deutschlands und Frankreichs selbst diesem Projekt durch ihren Vorschlag, die EU solle das französische Modell einer Aktiensteuer aufgreifen, mutmaßlich den Todesstoß versetzt.
Ein Europa für die Menschen statt für die Finanzwirtschaft bleibt unsere Vision. Diese Forderung wollen wir am 15. September gemeinsam mit vielen Menschen in Frankfurt am Main auf die Straße tragen! Attac Deutschland ist damit Teil des europäischen Bündnisses »Change Finance Coalition«, das in zahlreichen europäischen Ländern Aktionen plant, getragen maßgeblich von unseren Attac-Partnerorganisationen. Damit endlich in Erfüllung geht, was wir heute fordern: Finance for the people – für die Vielen, nicht die Wenigen!

Detlev von Larcher und **Tim Büttner**, Attac-AG Finanzmärkte und Steuern

Neue Polizeigesetze

»Wer Freiheit durch Sicherheit ersetzen will, wird beides verlieren«

Das berühmte Zitat von Benjamin Franklin hat nichts von seiner Aktualität verloren.
Die deutsche Polizei rüstet auf. In fast allen Bundesländern sind Gesetze erlassen worden oder in Vorbereitung, die den Ordnungskräften weitgehende Vollmachten an die Hand geben, außerdem ein technisches Material, um das uns manche Armee beneiden würde. Was geht hier vor sich? Sabine Lassauer vom Bundeskoordinierungskreis und Laura Pöhler von Attac München, die sich beide für die Mobilisierung gegen die neuen Polizeigesetze stark machen, geben Auskunft.



Foto: Arno Behlau

Laura, hat Bayern (mal wieder) den Vorreiter in Sachen Repression gespielt?
Genau so ist es. Trotz der bayernweiten Proteste und der zehntausenden Menschen, die in den letzten Monaten gegen die Verschärfung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) protestierten – allein in München waren es 40.000 Menschen – hat die CSU mit ihrer absoluten Mehrheit am 15. Mai 2018 im Bayerischen Landtag das neue Polizeiaufgabengesetz durchgedrückt.
Mit diesem neuen Gesetz wird die Bayerische Polizei zunehmend mit geheimdienstlichen Aufgaben betraut und mit entsprechenden Befugnissen ausgestattet. Viele dieser Maßnahmen dürfen schon seit August 2017 auch ohne konkreten Tatverdacht angewendet werden. Es genügt bereits eine sogenannte drohende Gefahr, das heißt die Möglichkeit, dass jemand zur TäterIn werden könnte, um vielfältige, massiv in die Bürgerrechte einschneidende Überwachungsmaßnahmen zu rechtfertigen.

Sabine, andere Bundesländer haben nachgezogen. Geht das überall in dieselbe Richtung?
Allerdings! Richtung und Ausmaß der Gesetzesverschärfungen sind geradezu beängstigend: Mittlerweile sind solche Verschärfungen in 15 von 16 Bundesländern bereits beschlossen oder in Planung. Die Maßnahmen, die auf Grundlage der Gesetze ergriffen werden dürfen, unterscheiden sich in ihrer Härte und Länge. Dies ändert jedoch nichts an unserer grundlegenden Kritik daran: Sie sind deutlich weitreichender als bisher und ähneln Befugnissen, die sonst nur Geheimdienste oder Polizeibehörden in totalitären Systemen haben. Ganz Deutschland entwickelt sich so zu einem Obrigkeitsstaat, der seinen BewohnerInnen grundsätzlich misstraut. Ein Beispiel: Wie das bayerische PAG wird auch das neue Polizeigesetz in NRW präventiven Unterbindungsgewahrsam ermöglichen – im Unterschied zu Bayern jedoch »nur« für maximal vier Wochen. Aber: Menschen willkürlich wegzusperren ist verfassungsfeindlich und führt die Unschuldsvermutung ad absurdum – egal, für welche Dauer. Ein solch massiver Eingriff in unsere Grund- und Freiheitsrechte ist schlicht inakzeptabel.

Der Begriff der GefährderInnen ist schon sehr vage. Man kann darunter sowohl potentielle Daesh-Terroristen verstehen als auch jeden gewöhnlichen Demonstranten. Haben die Juristen da keine Bedenken geäußert?
Laura: Viele JuristInnen kritisieren genau dies und engagieren sich deshalb in den Länderbündnissen: Die Maßnahmen können alle treffen – es reicht schon, sich zur falschen Zeit am falschen Ort zu befinden oder unter den falschen politischen Mehrheiten zu leben. Denn der Begriff »Terrorismus« ist immer auch politisch gefüllt: Die Betroffenengruppen können sich über die Zeit ändern oder ausweiten, was obrigkeitsstaatlicher Willkür Tür und Tor öffnet.
Eines ist sicher: Die Gesetzesverschärfungen sind überhaupt nicht notwendig – tatsächlich zeigt die polizeiliche Kriminalstatistik einen deutlichen Rückgang von Straftaten. Terrorismus, die Kriminalisierung von emanzipatorischen Protesten und das diffuse Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung sind nicht Ursache, sondern reine Rechtfertigungsversuche für eine massive Einschränkung von Grundrechten. Die Aufrüstung der Polizei bedeutet Überwachung, Kontrolle und Repression gegen soziale Bewegungen, gegen politisch Aktive, gegen GewerkschafterInnen und insbesondere gegen Minderheiten bzw. Menschen, die nicht der Norm entsprechen – Stichwort »Racial Profiling«. Dies zementiert gesellschaftliche Ungleichheiten und dient dazu, die Gesellschaft zu normalisieren und zu kontrollieren – eine ernste Gefahr für unsere Demokratie.

Das Beispiel Bremen hat gezeigt, dass man mit politischem Druck solche Gesetze verhindern kann. Hat Euch die Demo am 7. Juli 2018 neuen Mut gemacht?
Sabine: Am 7. Juli haben 20.000 Menschen in Düsseldorf aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen Seite an Seite die Demokratie verteidigt – ich bin noch immer überwältigt von der Breite und Buntheit unseres Protests! Aber auch die Proteste und Bündnisse, die gerade in vielen anderen Bundesländern wie Niedersachsen, Sachsen oder Sachsen-Anhalt aus dem Boden schießen, beweisen: Zehntausende Menschen durchschauen den grundrechtsfeindlichen Charakter der Gesetzesverschärfungen und sind bereit, gemeinsam ihre hart erkämpften Freiheiten zu verteidigen. Deshalb werden wir weiterhin entschlossen, bunt und vielfältig versuchen, die Verschärfungen zu kippen. Und nicht nur das: Wir wollen uns bundesweit vernetzen, um Erfahrungen auszutauschen und unsere Kräfte zu vereinen – für die Freiheit, für die Grundrechte, für die Demokratie.

Interview: **Lena Bröckl**

Wissen ist Macht

Wie Internet-Monopolisten die Kontrolle übernehmen



Protest gegen den Axel-Springer-Award für Jeff Bezos, Foto: Christa Leibing

Als Mitte der 1990er Jahre das Internet zum Alltag wurde, sahen viele kleine und größere Unternehmen eine Chance: Vertriebskosten sanken und Kunden fand man landes- oder weltweit im Netz.

Heute sieht die Welt anders aus. Wenige Konzerne dominieren den Markt und das Internet. Erfolgreich wurden sie mit einem fatalen Geschäftsprinzip. Sie nahmen viel Geld in die Hand, nahmen über Jahre Verluste hin und erreichten damit ihr Ziel, den Markt und das Internet zu monopolisieren. Eines der besten Beispiele dafür ist Amazon.

Millionen Menschen versorgen sich auf dieser Monopol-Plattform täglich mit Waren. Sehr viele kleine Händler agieren exklusiv auf Amazon, sie haben keinen eigenen Webshop, ja noch nicht einmal eine eigene Website. Auch den Versand lassen viele Händler komplett von Amazon abwickeln. Sie haben sich vom Amazon-Vertrieb mit Haut und Haaren abhängig gemacht und sind der Datenmacht von Amazon ausgeliefert. Die Plattform kopiert gern erfolgreiche Produkte, die der Konzern dann weiter vorn in der Liste anzeigt und günstiger anbietet. Kleinere Hersteller können dann oft einpacken. Wenn Amazon beschließt, einen Händler zu sperren, dann ist der jeweilige Laden tot.

Amazon weigert sich einen Tarifvertrag nach Vorbild des Einzel- und Versandhandels abzuschließen und arbeitet auch daran, die LagerarbeiterInnen zu entmenschlichen und sie zu menschlichen Robotern zu degradieren. Brillen zeigen Lagerangestellten, in welche Box sie greifen müssen und Detektoren am Handgelenk prüfen, ob es die richtige Box war. Eigenes Denken ist nicht mehr nötig, aber noch sind Menschen billiger als Roboter.

Inzwischen hat sich eine neue Art Internetkonzerne gebildet: sogenannte Sharing-Plattformen. Sie wollen Waren und Dienstleistungen direkt zwischen »Privatpersonen« vermitteln. Sie haben keine nennenswerte Infrastruktur und kaum Mitarbeiter. Kapital benötigen sie nur für Marketing.

Das US-Unternehmen Uber zum Beispiel vermittelt Fahrdienstleistungen, mit angeblich selbstständigen FahrerInnen – die bringen ihr eigenes Auto mit, müssen sich jederzeit bereithalten, und die Tarife sind ihnen vorgegeben. Das Risiko tragen also komplett die »Privatpersonen«. Die FahrerInnen sind von der Vermittlung durch Uber abhängig und können jederzeit durch andere FahrerInnen ersetzt werden. Lieferdienste wie Lieferando oder Foodora arbeiten nach dem gleichen Prinzip. Seit einiger Zeit passt Uber die Tarife entsprechend der Nachfrage an: starker Regen macht eine Fahrt teurer. Dass die FahrerInnen an den höheren Preisen beteiligt werden, darf bezweifelt werden. Sie bekommen von der Bezahlung gar nichts mit, denn alles läuft über Uber.

Das nächste Geschäftsfeld ist die kommerzielle Überwachung durch Tracking. Möglichst viel über die Menschen erfahren, sie in Schubladen stecken und dieses Wissen dann für Geld verkaufen – das ist das Geschäftsmodell von Google, Facebook, Amazon, Uber, Lieferando und vielen, vielen anderen.

»Gezielte Werbung« ist eine harmlose Folge dieser Geschäfte. Verweigerte Bankkredite und höhere Versicherungsprämien aber sind Folgen, die entscheidend sein können für die Betroffenen. Gesellschaftlich prägend werden die Folgen durch unsolidarische, personalisierte Preise, Angebote und Tarife: Wer sich konform verhält, wird belohnt. Wir zeigen mit dem Finger auf China, das 2020 einen »Social Score« für alle Bürgerinnen und Bürger einführen will – dabei ist auch Europa längst bedenkliche Schritte in diese Richtung gegangen.

Wissen ist Macht: Je mehr ich über Dich weiß, um so leichter kann ich Dich manipulieren. Der Facebook-Skandal um Cambridge Analytics ist nur ein Beispiel dafür, wie anfällig monopolistische Strukturen für Manipulationen sind. Denn Facebook ist unter den Sozialen Netzwerken ein Monopolist. Dadurch ist es möglich, Vorlieben und Vorurteile von Millionen von Menschen bei einer einzigen Firma zu kaufen. Spürbar ist, dass wir heute schon weniger genau unterscheiden können, was Fakt ist und was rein fremdinteressengeleitet unsere Aufmerksamkeit erweckt.

Die Lösung für dieses Problem könnte sein, die Monopolmacht zu brechen, regionale und dezentrale Strukturen zu nutzen. Auch wenn »regional« erst einmal als ein Widerspruch zu »Internet« erscheint. »Ich kaufe nicht auf Amazon« ist nur der erste Schritt. Für alle genannten Dienste gibt es dezentrale, datenschutzfreundlichere Alternativen. Die zu entdecken und zu nutzen könnte schon ein Anfang sein.

Hartmut Goebel, Digitalcourage

www.digitalcourage.de

Menschenrecht Wohnen

Verdrängung und Mietenwahnsinn stoppen!

Seit dem Finanz-Crash 2007/08 hat sich in den großen und sogar in einigen mittleren Städten der Bundesrepublik eine neue Wohnungskrise entwickelt. Die Höhe der Mieten ist – abgesehen von allgemeiner Einkommensarmut – zu *der* sozialen Frage avanciert. Die Grundlage für diese Krise legten die Privatisierung von öffentlichen Wohnungsunternehmen und die Finanzialisierung der Wohnungswirtschaft. In den vielfältigen Widerstand gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn sind inzwischen auch Attac-Gruppen involviert.

Rendite und Luxus-Wohnungen statt sozialer Wohnungsbau

Als die erste Blase der jungen Internet-Wirtschaft Anfang der 2000er Jahre platzte, flossen in den USA enorme Mengen von Anlagevermögen in eine neue Blase im Immobiliensektor. Als diese 2007/08 spektakulär und folgenschwer in sich zusammen fiel, lernte die ganze Welt das Wort Suprime-Krise kennen. Heute boomt als Reaktion auf den Finanzcrash der Immobiliensektor in der Bundesrepublik. (Über)flüssiges Kapital sucht global händeringend nach profitablen Anlagemöglichkeiten. Folgerichtig besteht der Wohnraum, welcher in Groß- und Universitätsstädten gebaut wird, vor allem aus Luxus-Appartments und gehobenem Wohnen in zentralen Lagen. 20 Euro pro Quadratmeter sind keine Seltenheit, und selbst in Berlin liegt der durchschnittliche Mietpreis 2018 schon bei 12,08 Euro. Das größte deutsche Wohnungsunternehmen Vonovia mit seinen circa 35.000 Wohungen ist mittlerweile an der Börse gelistet. Im Frankfurter Norden entsteht ein Neubau-Projekt, für das eine auf der Steueroase Jersey Islands residierende Agentur Investoren-Gelder im asiatisch-pazifischen Raum eingesammelt hat. Diese Renditejagd auf »Betongold« wird durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank EZB weiter angeheizt, weil sie viele andere Anlageformen unattraktiv werden ließ.
Demgegenüber stürzt die Zahl von bezahlbaren Wohnungen dramatisch ab. Gab es 1987 noch rund 3,9 Millionen Sozialwohnungen in Deutschland, waren es 2015 gerade noch 1,3 Millionen. Dieser Prozess wurde bereits mit der neoliberalen Wende unter der Regierung Kohl in den 1980er Jahren in Gang gesetzt: Das Mietrecht wurde dereguliert, der Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau eingeleitet und vor allem wurde die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit beschlossen, um öffentliche Wohnungsunternehmen auf eine Renditeorientierung zu trimmen. Seit den 1990er Jahren und beschleunigt ab 2000 unter der rot-grünen Bundesregierung wurden dann Schlag auf Schlag von Bund, Ländern und Kommunen große Wohnungsbestände auf den Markt geworfen. Spezifische Finanzprodukte wie REITs oder REPE-Fonds dienen als Investitionsvehikel in den ehemaligen sozialen Wohnungsbau. Dieser wird gemäß ihrer Verwertungsinteressen filetiert, um besonders attraktive Objekte einzeln zu versilbern, andere auf Kosten der Mieter zu sanieren und randständige Wohngebäude schlicht sich selbst zu überlassen.

Menschenrecht Wohnen – Recht auf Stadt

Die jahrelange Dominanz neoliberaler Wohnungspolitik bleibt jedoch nicht ohne Widerspruch: Soziale Proteste haben sich in vielen Städten – häufig unter dem Slogan »Recht auf Stadt« – neu formiert. MieterInnen mobilisieren gegen den Ausverkauf der Stadt, den Abbau und Verkauf von Sozialwohnungen, gegen Luxus-Neubauprojekte und steigende Mieten. Einer der bisherigen Höhepunkte des Bewegungszyklus zum Menschenrecht Wohnen und Recht auf Stadt war die Mietenwahnsinn-Demo in Berlin mit 25.000 TeilnehmerInnen im April 2018. In Anlehnung daran wird von einem vielfältigen Netzwerk vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, über Attac-Gruppen bis zu ASten und antikapitalistischen Gruppen für den 20. Oktober 2018 – eine Woche vor der Landtagswahl – eine hessenweite Mietendemo vorbereitet.
In Osnabrück ist im Frühjahr auf Initiative der lokalen Attac-Gruppe ein breites Bündnis entstanden, das mit dem Instrument des BürgerInnenentscheids die Stadt dazu zwingen will, ein eigenes kommunales Wohnungsunternehmen zu gründen. Anders in der Bankenstadt Frankfurt: Dort existiert mit der ABG-Holding ein öffentliches Wohnungsunternehmen mit über 50.000 Wohnungen. In dem lokalen Mietentscheid-Bündnis ist Attac Frankfurt an dem Versuch beteiligt, die Anzahl der Bestandswohnungen mit sozialer Preisbindung substantiell zu erhöhen und darüber hinaus eine Quote von 100 Prozent preisgünstige geförderte Wohnungen bei Neubauprojekten zu etablieren, statt der aktuellen 40-Prozent-Regelung.

Angesichts der Dramatik der Wohnungskrise, sind derzeit Mehrheiten für eine sozialere Regulierung des Wohnungsmarktes gewinnbar. Zu substantiellen Veränderungen hin zu einer Wohnungswirtschaft, bei der der Gebrauchswert statt die Renditeträchtigkeit im Vordergrund steht, wird es angesichts des (transnationalen) Drucks bei Finanzanlagen allerdings nur kommen, wenn der private Besitz von Wohnraum in Frage gestellt wird. Genau dies versucht die neue Berliner Kampagne »Deutsche Wohnen enteignen« (www.dwenteignen.de). Ein erster Schritt in diese Richtung könnten MieterInnen-Räte oder -Gewerkschaften sein, um dauerhaft Druck ausüben können.

Alexis J. Passadakis, Attac Frankfurt
Stefan Wilker, Attac Osnabrück



Soziale Dimension der europäischen Integration

Bisher noch in den Kinderschuhen

Seit der Vertiefung der ökonomischen Integration durch die Einheitliche Europäische Akte von 1987 und den Maastrichter Vertrag von 1993, welche die Einführung des einheitlichen Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) in Angriff genommen haben, fordert die europäische Linke eine gleichrangige Vertiefung auch der sozialen Dimension der Integration.

Da mit dem Euro ein System von Wettbewerbsstaaten geschaffen wurde, können sich Staaten im Euroraum durch eine unterdurchschnittliche Entwicklung der Löhne und der Sozialausgaben Wettbewerbsvorteile verschaffen. Wer das unterbinden will, muss eine europäische Regulierung der Lohn- und der Sozialpolitik durchsetzen, eine allein nationalstaatliche Politik wird und kann dies nicht leisten.

Aufgrund der stetigen Kritik an einer fehlenden sozialen Dimension der WWU gab es 2012/13 für kurze Zeit eine ernsthafte Debatte über eine Vertiefung der Sozialpolitik. Im März 2013 wurde unter dem Titel »Stärkung der sozialen Dimension der WWU« ein sehr weitgehender Vorschlag aus dem Kabinett des EU-Sozialkommissars Laszlo Andor bekannt[1]. Die soziale Dimension müsse – so der Vorschlag – aus im Wesentlichen zwei Bausteinen bestehen: erstens einer verstärkten Koordinierung und Überwachung der Sozialpolitik und zweitens aus europäisch festgelegten sozialen Mindeststandards für die Mitgliedstaaten. Kernstück müsse die Überwachung der Beschäftigungs- und Sozialindikatoren sein. Wird zu sehr von bestimmten Schwellenwerten abgewichen, müsse dies einen »Alarm« und bestimmte präventive oder korrigierende Maßnahmen auslösen. Dieser progressive Andor-Vorschlag zur Stärkung der sozialen Dimension der Integration scheiterte an der Wiederauferstehung des Neoliberalismus in der EU und den wachsenden Re-Nationalisierungstendenzen in den Mitgliedstaaten.

Im Kontext der Weißbuchdebatte über die Zukunft von EU und Euro hat die Kommission im Frühjahr 2017 dann mit dem Vorschlag einer Europäischen Säule Sozialer Rechte (ESSR) einen neuen Versuch zur Belebung der Diskussion über die soziale Dimension der Integration gestartet. Die ESSR enthält zwanzig soziale Rechte, die in drei Hauptkapitel gegliedert sind: »Chancenzugang und Arbeitsmarktzugang«, »Faire Arbeitsbedingungen« sowie »Sozialschutz und soziale Inklusion«.[2] Die darin angesprochenen Leistungen sind jedoch sehr allgemein und vage formuliert. Ständig ist die Rede von »angemessenen« Löhnen, Mindestlöhnen, Leistungen, Unterstützungen und einem »angemessenen« Lebensstandard. Was das sein soll, wird auch in den Begleitpapieren und den weiteren veröffentlichten Arbeitsunterlagen der Kommission nicht erläutert.

So wie die Charta der Grundrechte im Lissabon-Vertrag nicht in der Lage war, die Realisierung einer neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik im Euroraum zu verhindern, so wird auch die ESSR trotz ihrer feierlichen Verabschiedung durch die EU-Staaten im November 2017 die Fortsetzung einer solchen antisozialen Politik nicht aufhalten können. Die Forderung der europäischen Linken nach einer sozialen Dimension für Binnenmarkt und WWU bleibt damit nach wie vor nicht erfüllt.

Ein umfassender alternativer Ansatz für die soziale Dimension in der EU müsste drei Bereiche umfassen: die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die Lohn- und Einkommensentwicklung sowie die soziale Absicherung mittels der wohlfahrtstaatlichen Systeme.[3] Durch eine nachhaltige makroökonomische Politik und ein europäisches Investitionsprogramm müsste vor allem die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit in Südeuropa bekämpft werden. Diese Politik sollte durch eine europäische Arbeitslosenversicherung ergänzt werden, welche Transfers von den Staaten mit besserer Arbeitsmarktlage in die Staaten mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit beinhaltet. Im Bereich der Lohnpolitik müssten die europäischen Gewerkschaften ihre europäische Koordinierungspolitik gemäß der Richtschnur »Inflationsrate plus Produktivitätsentwicklung« wieder verstärkt aufnehmen. Gleichzeitig sollte die nationale Mindestlohnpolitik durch eine europäische Regulierung ergänzt werden, die für die Höhe der Mindestlöhne einen Betrag von 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohns vorschreibt. Im Feld der sozialen Sicherheit könnte die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats an die ökonomische Leistungsfähigkeit der Staaten gekoppelt und auf diese Weise Sozialdumping vermieden werden. Als Konzept sollte hier das Korridormodell gewählt werden, das darauf abzielt, einen engen Zusammenhang zwischen dem ökonomischen und dem wohlfahrtstaatlichen Entwicklungsniveau durch quantitative Regeln auf der europäischen Ebene zu realisieren.

Klaus Busch, Prof. (i.R.) für Europäische Studien und europapolitischer Berater der Gewerkschaft Verdi. Jüngste Veröffentlichung: Klaus Busch / Joachim Bischoff / Hajo Funke: Rechtspopulistische Zerstörung Europas? Wachsende politische Instabilität und die Möglichkeiten einer Kehrtwende, Hamburg 2018

1 Non-Paper, The social dimension of a genuine Economic and Monetary Union, Brussels 2013

2 Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission zur Einführung einer europäischen Säule sozialer Rechte, Brüssel 2017

3 Näheres in: Busch, K. / Troost, A. / Schwan, G. / Bsirske, F.: Europa geht auch solidarisch – Streitschrift für eine andere EU, Hamburg 2016





Protest gegen den Axel-Springer-Award für Jeff Bezos, Foto: Christa Leibing



»Deutsche Bank? Ich krieg' die Krise!«, Foto: Bodo Pallmer

Rückblick

3. April 2018

G20-Proteste: Attac klagt gegen Aktionsverbote in Hamburg

Attac wehrt sich gegen die Verletzung der Grundrechte auf Demonstrations-, Meinungs- und Kunstfreiheit während der G20-Proteste in Hamburg und klagt gegen die Verbote von drei Aktionen am 7. Juli des vergangenen Jahres. Ziel der Klagen ist es, die Rechtswidrigkeit der Versammlungsverbotszone während des G20-Gipfels feststellen zu lassen.

24. April 2018

Amazon: Attac und OBS präsentieren Alternativen für Konzernbesteuerung

Amazon-Gründer Jeff Bezos erhält den Axel-Springer-Award. Anlass für Attac und die Otto-Brenner-Stiftung (OBS), die Steuerpraxis von Amazon und Co. bei einer Pressekonferenz in Berlin unter die Lupe zu nehmen und Vorschläge für faire Alternativen vorzustellen. Zusammen mit »Make Amazon Pay« und Verdi protestiert Attac gegen die Preisverleihung.

10. Mai 2018

40.000 protestieren in München gegen das geplante Polizeiaufgabengesetz

Mehr als 80 Organisationen – darunter Attac – demonstrieren gegen die geplante Verschärfung des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes. 40.000 DemonstrantInnen setzen ein klares Zeichen für den Erhalt ihrer Freiheits- und BürgerInnenrechte und gegen eine Entwicklung zum Überwachungsstaat.

21. Mai bis 2. Juni 2018

Von Oberndorf nach Berlin: Staffellauf gegen Rüstungsexporte

Frieden geht! Unter diesem Motto startet vor der Waffenfabrik Heckler und Koch in Oberndorf ein Staffellauf gegen Rüstungsexporte quer durch Deutschland. Zu dem Protest ruft auch Attac auf. Nach 13 Tagen und 1100 Kilometern erreichen die LäuferInnen Berlin.

22. Mai 2018

JEFTA so nicht ratifizieren! Offener Brief an Abgeordnete

In einem offenen Brief fordert das Netzwerk Gerechter Welthandel die Bundestagsabgeordneten auf, von der Bundesregierung zu verlangen, das EU-Japan-Handelsabkommen JEFTA in seiner jetzigen Form abzulehnen.

24. Mai 2018

Deutsche Bank? Ich krieg' die Krise!

Unter dem Motto »Deutsche Bank? Ich krieg' die Krise. Raus aus Kohle, Waffen und Steueroasen!« demonstrieren Attac-Aktive in Frankfurt am Main für einen sozial-ökologischen Umbau des Geldinstituts und ein Ende seines Gemeinwohl schädigenden Geschäftsmodells.

26. Mai 2018

Von Bamberg bis Hamburg: Attac-Aktionen gegen Konzern-Steuertricks

Amazon, SAP, Apple, Starbucks: Pay your Tax! Mit Flashmobs in und vor Apple Stores, Schaufensterverhüllungen von Buchläden, Kundgebungen und kreativen Infoständen prangern Attac-AktivistInnen in vielen Städten die Steuertricks multinationaler Konzerne an und setzen sich für eine Gesamtkonzernsteuer ein.

1. Juni 2018

20 Jahre EZB: Radikales Umsteuern notwendig

Die europäische Geld- und Finanzpolitik muss sich radikal ändern. Nach den Banken und Staaten müssen jetzt Mensch und Natur gerettet werden, fordert Attac zum 20-jährigen Bestehen der EZB.

2. Juni 2018

Attac: Zwei Jahrzehnte Einsatz für eine andere Welt

Eine andere Welt ist möglich und nötiger denn je: Auch 20 Jahre nach seiner Gründung in Frankreich setzt sich das Attac-Netzwerk für ein gutes Leben für alle Menschen ein – sozial gerecht und naturverträglich. Gefeiert wird in Paris mit einem politischen Fest.

8. Juni 2018

Attac-Aktivistin gewinnt Prozess gegen französische Großbank

Der Freispruch der französischen Attac-Aktivistin Nicole Briend ist ein Sieg für die Steuergerechtigkeit: Die pensionierte Schuldirektorin hatte bei einem Aktionstag gegen Konzern-Steuertricks symbolisch Stühle der Großbank BNP Paribas beschlagnahmt. Für die RichterInnen ein Fall legitimen zivilen Ungehorsams – nicht Diebstahl.

8. und 9. Juni 2018

G7-Gipfel zeigt Scheitern des neoliberalen Politikmodells

Der Zollstreit zwischen den USA und der EU macht das Scheitern des neoliberalen Politikmodells der großen Industrienationen deutlich, die sich zum G7-Gipfel in Quebec treffen. Der Protest in der kanadischen Stadt wird maßgeblich von Attac Quebec organisiert.

15. und 16. Juni 2018

Gerechter Welthandel: Aktions- und Strategiekonferenz in Frankfurt am Main

Die Bewegung für gerechten Welthandel verabredet in Frankfurt am Main, den Widerstand gegen die neoliberale EU-Handelspolitik und



Aktionen gegen Konzern-Steuertricks, Foto: Attac Bamberg



Nein zum neuen Polizeigesetz, Foto: Arno Behlau

Abkommen wie TTIP, CETA und JEFTA weiter zu verstärken.

19. Juni 2018

Bildungsmaterial zu globalisierten Finanzmärkten

Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers trägt Attac die Diskussion über die Rolle der Finanzmärkte in die Schulen. »Globalisierte Finanzmärkte – Ein Jahrzehnt nach Beginn der großen Krise« lautet der Titel des neuen Bildungsmaterials.

30. Juni 2018

Entschlossen gegen rechts: Tausende demonstrieren gegen AfD-Parteitag

Solidarität mit Geflüchteten und benachteiligten Gruppen ist in Zeiten eines europaweiten Rechtsrucks wichtiger denn je. Beim Bundesparteitag der AfD in Augsburg tragen Tausende ihren Protest gegen die menschenfeindliche Politik radikal rechter Parteien und Organisationen an die Öffentlichkeit.

7. Juli 2018

20.000 sagen Nein zum neuen Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen

Gemeinsam demonstrieren sie gegen die geplante Verschärfung des Polizeigesetzes NRW: DatenschützerInnen neben Fußballfans, GlobalisierungskritikerInnen mit UmweltschützerInnen, MigrantInnen und GewerkschafterInnen. 20.000 gehen in Düsseldorf für ihre Grundrechte auf die Straße.

17. Juli 2018

Von Konzernen für Konzerne: JEFTA

JEFTA, das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan, wird unterzeichnet. Das Abkommen wurde von LobbyistInnen verschiedener Großkonzerne mitgeschrieben und ermöglicht Konzernen, direkten Einfluss auf geplante Gesetze zu nehmen.

19. Juli 2018

Seebrücke statt tödlicher Abschottung

Seenotrettung ist kein Verbrechen. Attac unterstützt die Aktionen »Seebrücke: Schafft sichere Häfen« in vielen Städten, mit denen Zehntausende gegen die tödliche Abschottungspolitik der EU protestieren. Die Aktionen gehen weiter.

22. Juli 2018

Demonstration gegen Flüchtlingspolitik der CSU

In München gehen Tausende gegen die Flüchtlingspolitik der CSU auf die Straße. Unter dem Slogan #ausgehetzt zeigen sie Flagge gegen eine »Politik der Angst«. Mit dabei ist Attac München.

Ausblick

31. August und 1. September 2018

Konferenz »Kommunen und Demokratie« in Erfurt

Wie funktioniert direkte Demokratie in Kommunen, was bringen BürgerInnenhaushalte, und wie muss sich die Steuerpolitik ändern, damit Städte und Gemeinden ihren Auftrag erfüllen können? Um Fragen wie diese geht es bei der zweiten Kommunenkonferenz von Attac.

15. September 2018

Zehn Jahre Finanzkrise: Große Aktion vor der Frankfurter Börse

Mit der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers eskalierte vor zehn Jahren die globale Finanzkrise. Mit europaweiten Aktivitäten unter dem Motto »Finance for the People!« fordert Attac am Jahrestag, Banken und Finanzmärkte endlich demokratisch zu kontrollieren. Aktionsort in Deutschland ist der Börsenplatz in Frankfurt am Main.

29. September 2018

Europaweiter CETA-Aktionstag

Mit einem Aktionstag gegen CETA macht das Netzwerk Gerechter Welthandel weiter Druck gegen die Ratifizierung des EU-Kanada-Handelsabkommens. In vielen Städten sind Aktionen und Infostände geplant.

5. bis 7. Oktober 2018

Kongress »Ein anderes Europa ist möglich!« in Kassel

Das neoliberale Europa, das wir kennen, ist nicht das Europa, das wir wollen. Doch wie sähe ein soziales, demokratisches, ökologisches, emanzipatorisches und offenes Europa aus? Und wie kommen wir dahin? Dieser Frage geht Attac beim Kongress »Ein anderes Europa ist möglich!« an der Universität Kassel nach.
www.ein-anderes-europa.de

27. Oktober 2018

Festveranstaltung 100 Jahre Acht-Stunden-Tag

Mit einer Festveranstaltung in Erfurt feiert die Attac-Arbeitsgruppe ArbeitFairTeilen 100 Jahre Acht-Stunden-Tag.
www.attac-netzwerk.de/ag-arbeitfairteilen/startseite

2. bis 4. November 2018

Herbstratschlag in Frankfurt am Main

Attac trifft sich zum Herbstratschlag in Frankfurt am Main. Der Ratschlag ist das höchste Entscheidungsgremium des Netzwerkes. Die Aktiven legen im Konsens die inhaltlichen und strategischen Schwerpunkte der kommenden Monate fest, verabschieden den Haushalt und wählen die bundesweiten Gremien.
www.attac.de/ratschlag

Mehr Informationen zu den Terminen:
www.attac.de/veranstaltungen

Menschen in Attac

»Krise? Welche Krise?« Wie man mit Sprache Politik macht

Kristin Kuck, 35, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Germanistik an der Universität Düsseldorf und aktiv in der AG Finanzmärkte der Attac Regionalgruppe Düsseldorf. Wir haben mit ihr über ihren Weg zu Attac und ihr Forschungsthema gesprochen.

Kristin, wie bist Du zu Attac gekommen?
Das war bei mir, anders als bei vielen anderen wahrscheinlich, aus beruflichen Gründen. Ich bin eigentlich in einem eher unpolitischen Haushalt groß geworden, aber während meines Studiums habe ich mich zunehmend politisiert: Als ich 2011 mit meiner Dissertation zum Thema »Krisenszenarien« anfing, habe ich mich viel mit wirtschafts- und sozialpolitischen Diskursen in den letzten 30 Jahren beschäftigt. Da fiel mir immer mehr auf, wie sehr in dieser Zeit Probleme der Verteilungspolitik zu Problemen einer Wachstumspolitik geworden sind. Ich hab mir dann gedacht: Ich möchte nicht mehr nur passiv am Diskurs teilnehmen, sondern ihn aktiv verändern! Attac schien mir dabei als das einschlägigste, was in diesem Themenbereich aktiv ist.

Womit hast Du Dich in Deiner Dissertation genau beschäftigt und was hast Du dabei »herausfinden« können?
In meiner Forschungsarbeit habe ich mich mit dem Begriff »Krise« und dessen historischem Konstitutionsweg beschäftigt. Dafür habe ich verschiedene Krisen analysiert, angefangen bei der Ölkrise in den 1970er Jahren, über die Agenda 2010 bis hin zur Finanzkrise 2008. Ich habe die Krisen über Metaphern, die häufig im öffentlichen Diskurs auftauchten, und typischen Argumentations- und Wortbildungsstrukturen untersucht und sie miteinander verglichen. Mir ist dabei besonders aufgefallen, wie sehr sich das Verhältnis von (Sozial-)Staat und Wirtschaft in der Zeit verändert hat: Während früher der Staat als handelnder, aktiver Akteur, der die Wirtschaft steuert, dargestellt wurde, wird heute die Wirtschaft, die stetig wachsen muss, als Fundament für das Sozialstaatsgebäude gesehen. In den 1990er Jahren hat es da eine Mentalitätsverschiebung, eine Art »Bruch« gegeben, deutlich durch eine auffallende Körpermetaphorik wie »nur der schlanke Staat ist leistungsfähig«. Heute lässt sich zum Beispiel in der Finanzkrise eher von einer Naturgewaltenmetaphorik sprechen, die »als Tsunami die ganze Welt überrollt« und der wir machtlos gegenüber stehen.

Hast Du das Gefühl, Deine wissenschaftliche Expertise bei Attac einbringen zu können?
Ja, auf jeden Fall!
Ich habe zum Beispiel vor einiger Zeit beim politischen Frühstück einen »allgemeinverständlichen« Vortrag gehalten (lacht), um das Thema ein bisschen mehr in die Öffentlichkeit zu tragen. Ansonsten kann ich mich natürlich in die vielen Diskurse mit einbringen, zum Beispiel, wenn wir in unserer AG über bestimmte Aussagen von Politikern sprechen. Ich habe da einen anderen Blickwinkel darauf. Aber natürlich nicht bei allen Aktionen, bei der Reichendemo letztens in Düsseldorf machten wir schließlich Protest auf der Straße.



Wie verändert die zunehmende Digitalisierung die politische Sprache, und würdest Du sagen, dass sie »abflacht«?
Natürlich wirkt sich das, was online passiert, auf die politische Sprache – auch offline – aus. Viele digitale Kanäle wie Twitter limitieren einen, dass man beispielsweise nur wenige Zeichen zur Verfügung hat, um Gedanken verschriftlichen zu können. Hinzu kommt noch die Verknappung der Zeit, welche nur zur schnellen Rezeption und dem Nebenbei-Kommentieren ausreicht, und die Informations- bzw. Nachrichtenfülle, dass man gar nicht mehr in der Lage ist, dem allen nachzukommen. Das mündet schließlich darin, dass wenig Durchdachtes – oftmals mit sehr viel Emotionalität und Affekt beladen – im Internet zum leichten Konsum veröffentlicht wird.
Dass die Sprache dadurch abflacht, würde ich trotzdem nicht sagen, sondern eher, dass sie einfacher und floskelhafter wird. Floskeln hat es zwar früher auch schon gegeben, aber damals sind sie noch im mündlichen Diskurs mit Familie, Freunden etc. verblieben – gesprochene Sprache ist flüchtig. Heute wird sie durch die zunehmende Digitalisierung für alle zugänglich im Internet konserviert, somit findet eine Verschiebung vom Mündlichen zum Schriftlichen statt.

Vor kurzem hat der AFD-Vorsitzende Gauland erst wieder mit seinem »Vogelschiss«-Kommentar die Öffentlichkeit erschüttert. Bist Du der Auffassung, man müsse noch mehr gegen die AfD argumentieren?
Sicherlich hat es bei der AfD System, solche radikalen Aussagen zu treffen. Damit wird intendiert, die Öffentlichkeit daran zu gewöhnen. Zum Glück wurde aber dieser Kommentar aus vielen Ecken verurteilt, und auch andere rechtspopulistische Äußerungen wurden in den meisten Fällen stark zurückgewiesen.
Es ist aber immer ein Zwiespalt: Man darf den rechten Äußerungen der AfD auch nicht zu viel Raum geben und Popularität zusprechen, weil man damit natürlich deren Popularität und das Gefühl, sich als Tabubrecher und damit quasi revolutionär zu fühlen, noch bestärkt. Auf der anderen Seite muss ihnen natürlich Paroli geboten werden.
Ich glaube, dass es wichtig ist, Stellung zu beziehen, es jedoch nicht dabei bleiben kann, da das Problem viel tiefer liegt – nämlich in der fehlgeschlagenen Verteilungspolitik. Man muss daher am Weltbild dieser Menschen ansetzen und mit gerechter Realpolitik, die auch sprachlich und respektvoll kommuniziert wird, die Ausgeschlossenen wieder mit ins Boot holen. Denn Aussprüche wie »dekadente Hartz IV Empfänger«, die als »Trittbrettfahrer« leben, befeuern das Ausgeschlossenheitsgefühl und stellen den perfekten Nährboden für rechte Ideologien dar.

Nach Deinen spannenden sprachlichen Analysen noch eine abschließende Frage nach vorn: Wie siehst Du Attac in der Zukunft?
Attac wird sich weiterhin über Verteilungspolitik definieren müssen und muss Verteilungsgerechtigkeit fordern. Ich sehe es als Hauptaufgabe, entsprechende Konzepte publik zu machen, z.B. in Protestaktionen zu bewerben und zu zeigen, dass man mit den aktuellen Entwicklungen nicht einverstanden ist.
Ich würde mir für die Zukunft wünschen, dass Attac digitaler werden würde und noch mehr mit dem digitalen Zeitgeist mitgeht.

Interview: **Marlene Grabiger**

Unterstützung und Engagement

Mach mit bei Attac!



Foto: Arno Behlau

Vor 20 Jahren wurde die globalisierungskritische Organisation Attac in Frankreich gegründet, zwei Jahre später auch in Deutschland. Das »Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte« wurde sehr schnell auch in anderen Politikbereichen aktiv und arbeitet seitdem als Attac Deutschland mit vielen tausend Aktiven und UnterstützerInnen daran, eine andere Welt möglich zu machen. Wir engagieren uns als aktions-orientiertes Bildungs-Netzwerk unter anderem gegen die Privatisierung des öffentlichen Eigentums, gegen Freihandelsabkommen, gegen die Steuervermeidung transnationaler Konzerne, für eine Umverteilung des immensen gesellschaftlichen Reichtums sowie für eine friedliche, entmilitarisierte Welt. Attac ist damit Teil einer Bewegung, die sich für Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe einsetzt und ganz aktuell auch dafür, der politischen Rechten mit ihren einfachen Lösungen etwas entgegenzusetzen.

In einer immer komplexeren Welt werden dabei auch unsere Aufgaben nicht einfacher – wir möchten Dich und Sie deswegen einladen, sich mit uns zu engagieren!

Attac bietet mit seinen Regionalgruppen, den thematischen Arbeitsgruppen, einem wissenschaftlichen Beirat und mehr als hundert Mitgliedsorganisationen vielfältige Möglichkeiten, sich zu beteiligen und aktiv einzubringen.

Wir sind dankbar für jeden und jede Einzelne, der oder die uns finanziell unterstützt – denn die über 28.000 Mitglieder und regelmäßigen SpenderInnen sind das finanzielle Rückgrat des Netzwerks. Sie legen die Basis für eine kontinuierliche Arbeit der Aktiven und ermöglichen öffentlichkeitswirksame Aktionen und Kampagnen, mit denen Attac bei konkreten politischen Fragen Druck für positive Veränderung ausübt.

Und allen, die sich persönlich einbringen wollen, bietet das Engagement in einer der 160 regionalen Attac-Gruppen die Möglichkeit, auch mit wenig Aufwand und je nach verfügbarem Zeitbudget etwas auf die Beine zu stellen, sich an einer Aktion zu beteiligen und mit anderen Menschen ins Gespräch zu kommen. Bei Attac muss man nicht ewig dabei sein, um Ideen umzusetzen oder Verantwortung zu übernehmen: Jede und jeder kann sich in unterschiedlichem Umfang zu einer Vielfalt von Themen und je nach verfügbarer Zeit und Energie einbringen!

Eine andere Welt ist möglich – mach mit bei Attac!

www.attac.de/regionalgruppen
Mehr Infos: stephan.kettner@attac.de

Charmanter Querdenker

Nachruf auf Elmar Altvater



Foto: Fiona Krakenbürger

Am 1. Mai 2018 ist Elmar Altvater im Alter von 79 Jahren gestorben. Bereits in den 1980er Jahren hat er wichtige globalisierungskritische Analysen veröffentlicht. Er war Gründungsmitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac, hat an vielen Stellungnahmen mitgewirkt und trat häufig öffentlich auf, um mit seinen Analysen zu politischen Klärungsprozessen und Strategiebildung beizutragen: bei Attac-Kongressen, Sommerakademien oder vor lokalen Gruppen. Er war einer der profiliertesten und streitbarsten Kapitalismuskritiker – unbequem, ein Querdenker und gleichzeitig wortgewandt und charmant.

(…) Elmar Altvater (war) einer der Vordenker einer marxistisch inspirierten ökologischen Kritik der politischen Ökonomie. Den Raubbau an der Umwelt begriff er als externen Effekt einer am Profit orientierten Ökonomie, als Teil der Destruktivkräfte des Kapitalismus. Früh trat er für eine solartechnische Revolution der energetischen Grundlagen der globalen Gesellschaft ein. (…)

Die von ihm eingebrachten globalen Perspektiven und seine Analysen der Globalisierungsprozesse waren theoretisches Rüstzeug für die globalisierungskritische Bewegung, in der Elmar Altvater seit den 1980er Jahren auch für eine Entschuldung der Länder des Südens und gegen Investitionsschutzabkommen stritt. Als sein Hauptwerk, das er gemeinsam mit Birgit Mahnkopf verfasste, kann das weit rezipierte Werk »Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft« von 1996 gelten. (…) Elmar Altvater war in der internationalen marxistischen Debatte einer der wichtigsten zeitgenössischen Vertreter aus Deutschland. Seine Beiträge sind bis heute von unschätzbarem Wert für Attac und die globalisierungskritische Bewegung. Nicht nur deshalb wird er fehlen.

Auszug aus dem Nachruf des Wissenschaftlichen Beirats und des Koordinierungskreises von Attac Deutschland

www.attac.de/startseite/detailansicht/news/elmar-altvater-gestorben

Europakongress vom 5. bis 7. Oktober 2018 in Kassel

Ein anderes Europa ist möglich! demokratisch, friedlich, ökologisch, feministisch, solidarisch



»Ein anderes Europa ist möglich«– unter diesem Motto findet vom 5. bis 7. Oktober 2018 der Attac-Europakongress in Kassel statt. Wir wünschen uns von ganzem Herzen ein demokratisches, friedliches, solidarisches, feministisches und ökologisches Europa – doch wie genau ist das zu erreichen? Angesichts eines massiven Rechtsrucks, eines annähernd ungebremsten Durchmarschs neoliberaler Ideologie, eines Europas, in dem Eliten, Reiche, Lobbyisten und Konzerne ihre Interessen bestens vertreten sehen? Der Kongress bietet Raum für Debatten zu den verschiedenen europapolitischen Themen: die Reformierbarkeit der EU, die Soziale Frage, Klimapolitik, Flucht und Migration, Militarisierung, ökonomische Ungleichgewichte, Privatisierungspolitik und Demokratisierung und viele weitere.
Auf drei Hauptpodien und zehn Foren diskutieren wir mit prominenten Gästen zu den verschiedenen Aspekten des Themas, zu Analysen, Transformationsstrategien und vor allem zu konkreten Projekten für ein anderes Europa. In 60 Workshops besteht die Gelegenheit zu vertiefter Analyse und Diskussion und vor allem auch zu direktem Austausch. Sämtliche Programmpunkte sind im Detail hier nachzulesen:
www.ein-anderes-europa.de/programm
Der Kongress wird zusammen mit dem Fachgebiet Globalisierung & Politik am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel veranstaltet. Kooperationspartner sind u. a. Verdi, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), der Verein demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ), die Heinrich Böll Stiftung Hessen, Mehr Demokratie e.V., das Institut Solidarische Moderne (ISM), Makroskop, Lexit und der Bundesausschuss Friedensratschlag.
Am Samstagabend werden Esther Bejarano und die Microphone Mafia mit einer Mischung von Liedern aus dem europäischen Widerstand, Partisanenliedern und Hip Hop den Kongress tanzen lassen.
Der Kongress wird auf dem Campus Holländischer Platz stattfinden. Es ist eine Bettenbörse mit privaten Schlafplatzangeboten eingerichtet. Auch gibt es die Möglichkeit, kostenfrei in einer fußläufig zu erreichenden Turnhalle zu übernachten.

Jetzt anmelden unter:
www.ein-anderes-europa.de/anmeldung
Weitere Informationen:
www.ein-anderes-europa.de

Aktionstag am 15. September 2018 in Frankfurt am Main

Zehn Jahre Krise und kein Ende – gemeinsam für ein Finanzsystem, das der Gesellschaft dient

Um die Frankfurter Börse weht Absperrband, Polizeisirenen ertönen. Eine große Gruppe grauer Gestalten, ihre Gesichter müde und erschlafft, zieht unter größter Kraftanstrengung einen Karren durch die Innenstadt. Auf ihnen Bulle und Bär, Symbole des Finanzkapitalismus. Vor der Börse machen sie Halt. Etwas Unverhofftes geschieht. Mit vereinter Kraft befreien sie sich, kommen zusammen zu einer demokratischen Versammlung. Sie holen sich zurück, was ihnen gehört: Häuser, freie Bildung, Gesundheit für alle …
Mit unserer kreativen Aktion wollen wir kritisieren, dass Finanzakteure auch zehn Jahre nach ihrer Rettung durch unsere Steuergelder weiterhin an den Finanzmärkten spekulieren und Profite auf Kosten der Schwächsten der Gesellschaft und der Umwelt machen. Es braucht den Druck von unten, für ein völlig neues Wirtschafts- und Finanzsystem, für eine echte Demokratisierung von Wohnraum und öffentlichen Gütern. Darum kommt zahlreich nach Frankfurt: Es geht um unsere Zukunft!
Schon am Vorabend, am 14. September 2018, findet im Frankfurter Gewerkschaftshaus (Wilhelm-Leuschner-Straße 69–77) eine Veranstaltung zum Thema »10 Jahre Lehman Brothers – wir zahlen nicht mehr für Eure Krise« statt. Am Samstagabend wird es weitere Veranstaltungen geben – haltet Euch das Wochenende frei.

Treffpunkt: 11 Uhr, Willy-Brandt-Platz

www.attac.de/f4p



Foto: Stephanie Handtmann

Neues Attac-Bildungsmaterial

Globalisierte Finanzmärkte

Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers, die zum Symbol für die globale Krise wurde, trägt Attac die Diskussion über die Rolle der Finanzmärkte in die Schulen: »Globalisierte Finanzmärkte – Ein Jahrzehnt nach Beginn der großen Krise« lautet der Titel eines neuen Bildungsmaterials, das im Juni veröffentlicht wurde. Die Sammlung von Arbeitsblättern und interaktiven Methoden wurde für den Schulunterricht (Sekundarstufe I und II) und die außerschulische Bildung konzipiert.
Die Veröffentlichung fällt mit einem weiteren Jahrestag zusammen: Vor 20 Jahren, 1998, gründete sich in Frankreich das Attac-Netzwerk, das stets vor der Krisenanfälligkeit globalisierter Finanzmärkte gewarnt hat. »Diese Krisenanfälligkeit ist nicht verschwunden. Neuerdings haben wir das Problem der Schattenbanken. Wenn diese zusammenbrechen, kann das zu einer schweren Krise führen. Die Diskussion um die aktuellen und latenten Risiken der Finanzmärkte muss vorangetrieben werden«, sagt der Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel in einem Interview, das in dem Bildungsmaterial zu lesen ist.
Das Attac-Material beleuchtet die Zusammenhänge zwischen dem alltäglichen Leben, der finanziellen Sphäre allgemein und den Krisen des vergangenen Jahrzehnts. Es ist in vier Teile gegliedert, die jeweils mit einer kurzen fachlichen Einführung und einem knappen didaktischen Kommentar zu den einzelnen Elementen beginnen. In Teil I werden zunächst verschiedene Zugänge zu den Zusammenhängen zwischen den Ebenen des alltäglichen Lebens, der finanziellen Sphäre im Allgemeinen und Krisen des vergangenen Jahrzehnts angeboten. Teil II steht unter der Überschrift »Die Entwicklung der globalen Krise ab 2008« und thematisiert den Verlauf der Krise von den tieferliegenden Ursachen über ihren Ausbruch in den USA bis hin zur internationalen Bankenkrise. Teil III vertieft die Problematik der Finanzmarktakteure und nimmt insbesondere die Bankenrettung in den Blick, die bei künftigen Krisen erneut eine zentrale Rolle spielen dürfte. Teil IV widmet sich schließlich den sozialen Konsequenzen der zunehmenden Finanzialisierung und den krisenhaften Dynamiken der Finanzmärkte am Beispiel des Wohnens. Dabei wird der Bogen von der Hypothekenkrise in den USA, über die massenhaften Räumungen in Spanien hin zu den steigenden Immobilien und Mietpreisen in Deutschland gespannt.
Das rund 90 Seiten umfassende Attac-Bildungsmaterial »Globalisierte Finanzmärkte« erscheint sowohl online als auch gedruckt. Die Druckversion kann im Attac-Webshop (www.shop.attac.de) für 10 Euro bestellt werden. Auf der Internetseite www.attac.de/bima stehen die Materialien als PDF-Dokumente sowie einige zusätzliche Materialien kostenlos zum Download bereit. Die Veröffentlichung wurde von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unterstützt.

www.shop.attac.de

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht.
Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069–900 281–10
E-Mail: info@attac.de
Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datenschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail: info@attac.de
Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl, Frauke Distelrath, Stephanie Handtmann, Achim Heier, Hermann Mahler, Gabriele Rohmann
V.i.S.d.P.: Stephanie Handtmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069–900 281–10
oder per E-Mail an:
info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

GOGREEN
Der CO_2-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Deutsche Bank – ich krieg' die Krise!

Foto: Stephanie Handtmann



Zehn Jahre nach Beginn der Finanzkrise hat sich wenig geändert. Zwar ist es Attac gemeinsam mit anderen Akteuren gelungen, die Debatte um die Macht der Finanzmärkte zu einem öffentlichen Thema zu machen. Doch erreicht wurde kaum etwas. Selbst die wenigen neuen Regeln, die unter öffentlichem Druck eingeführt worden sind, drohen bereits wieder aufgeweicht zu werden, und die Finanzmärkte sind weiterhin gefährlich instabil. Wir nehmen das Jubiläum zum Anlass für einen neuen Anlauf zur Debatte und zur Aktion. **Denn die Finanzmärkte gehören unter demokratische Kontrolle!**
Eins der besonders schlechten Beispiele ist und bleibt die Deutsche Bank. Dort haben wir es gerade mit einer doppelten Krise zu tun: Geht sie pleite, reißt sie alle mit rein. Macht sie so weiter, schadet sie der Gesellschaft und dem Planeten. Denn die Deutsche Bank ist weiterhin in schmutzige Geschäfte involviert – riesige Summen fließen in Braunkohle, Waffendeals und korrupte Geschäfte in Steueroasen. Gleichzeitig hält die Gefahr eines erneuten Zusammenbruchs der Finanzmärkte an. Vor der Aktionärsversammlung der Deutschen Bank haben wir deshalb für ein Ende dieser schmutzigen Geschäfte und für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte protestiert. Und wir werden weiterhin für ein sozial-ökologisches Wirtschaftssystem auf die Straße gehen – so auch am 15. September, dem Jahrestag der Lehman-Pleite, im Rahmen eines europaweiten Aktionstags. **Unterstütze uns dabei mit einer Spende!**
Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden kannst Du uns ganz unkompliziert unterstützen.
Herzlichen Dank!

Hinweis

Attac verfolgt satzungsgemäß gemeinnützige Zwecke; 2014 entzog das Finanzamt Frankfurt Attac die Gemeinnützigkeit. 2016 bestätigte das Hessische Finanzgericht die Gemeinnützigkeit von Attac. Gegen dieses Urteil hat das Finanzamt auf Weisung des Bundesfinanzministeriums Beschwerde eingelegt. Nun kommt es zu einem Revisionsverfahren vor dem Bundesfinanzhof an dem neben dem Finanzamt auch das Finanzministerium Prozessgegner ist. Erst wenn Attac dieses Revisionsverfahren gewinnt, können wieder Zuwendungsbestätigungen ausgestellt werden.

Mehr Infos dazu unter
www.attac.de/spenden/aktuell

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN
DE57 4306 0967 0800 1008 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort
RBF1803

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN
DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE